

Bericht aus Berlin

20. März 2023

Liebe Freundinnen und Freunde,

„Habecks-Heiz-Hammer“ titelt die Bild-Zeitung – und bringt die Auswirkungen des Gesetzentwurfs aus dem Wirtschaftsministerium auf den Punkt. Das Musterbeispiel grüner Verbotspolitik besticht wieder einmal durch völlige Realitätsferne und droht unzählige Rentner und Haushalte mit geringem Einkommen in den Ruin zu treiben. Es scheint jenseits der Vorstellungswelt grüner Ministerialreferenten zu liegen, dass nicht jedes Wohngebäude in Deutschland an ein Fernwärmenetz angeschlossen werden kann. Dass nicht überall regenerative klimaneutrale Wärmequellen und technische Voraussetzungen für die geforderte Umrüstung auf regenerative Energien zur Verfügung stehen. Der Einsatz von Wärmepumpen ist in einem großen Teil der deutschen Wohnbebauung nur in Kombination mit aufwändigen Dämmmaßnahmen und dem Einbau von Fußbodenheizung möglich bzw. wirtschaftlich und technisch sinnvoll. Ein Rentner-Ehepaar, für das sein abbezahltes Haus aus den siebziger Jahren wichtiger Teil der Altersvorsorge ist, dürfte kaum in der Lage sein, zehntausende Euro in die Hand zu nehmen, um den geforderten Standard zu erreichen. Wo das Geld fehlt und die Banken bei Finanzierungen für Kunden fortgeschrittenen Alters abwinken, wird die verantwortungsvoll aufgebaute Lebensplanung durchkreuzt. Doch auch auf Mieter kommen harte Belastungen zu, wenn gewaltige Kosten für überzogene Sanierungsmaßnahmen auf sie umgelegt werden, ohne dass sich die Heizkosten im Gleichmaß reduzieren. Die Antwort des grünen Ministeriums auf diese Probleme ist die übliche: Man will Geld ausgeben. Milliarden schwere Subventionen sollen die Folgen der Verbotsorgie sozialverträglich abpuffern. Während die Deadline für Öl- und Gasheizungen direkt vor der Tür steht, sind Art und Umfang der Förderung allerdings noch genauso offen wie die Frage, wo die benötigten Milliarden herkommen sollen. Selbst wenn man sich – auch wenn es schwerfällt – für einen Moment in die grüne Gedankenwelt versetzt und annimmt, dass Geld absolut keine Rolle spielt, gibt es allerdings einen Punkt, an dem Habecks Pläne mit Vollgas an die Wand fahren. Aktuell fehlen im Heizungsbau nach Branchenschätzungen rund 60.000 Fachkräfte.

Viele Kunden warten bereits Monate, bis der Heizungsbauer für Einbau, Reparatur und Wartung vor der Tür steht. Immer mehr Betriebe arbeiten trotz Überstunden an der Belastungsgrenze und nehmen keine Aufträge mehr an. Wie soll da ein flächendeckender Heizungstausch innerhalb weniger Jahre funktionieren? Es gibt keine realistische Planung, keine tragfähige Finanzierung, keine verbindliche Aussage zur Förderung, kein Fachpersonal, keine irgendwie umsetzbare Strategie. Kurz: Habecks Heiz-Hammer ist kein Werkzeug für den Klimaschutz – er droht Wirtschaft und Wohlstand in Deutschland schweren Schaden zuzufügen.

Wie verantwortungsvolle Energiepolitik geht, zeigt der von der Unionsfraktion erarbeitete Gesetzentwurf zu Sicherung bezahlbarer Stromversorgung. Er beinhaltet Maßnahmen zum schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien, zur Senkung des Strompreises und zur Abschaffung der von der Ampel eingeführten Erlösabschöpfung. Vor allem aber fordern wir den Weiterbetrieb der drei am Netz verbliebenen deutschen Kernkraftwerke mindestens bis Ende 2024. Während sich die Ampel für den relativ glimpflich überstandenen Winter 2022/23 selbst auf die Schulter klopft, warnen Experten weiterhin vor einer bedrohlichen Mangellage und Stromausfällen im kommenden Winter. Es ist damit höchste Zeit zu handeln – von Seiten der Bundesregierung sind aktuell keinerlei Vorhaben zur Vorsorge für den kommenden Winter bekannt.

Wenn die sozialdemokratische Wehrbeauftragte ihrem Kanzler, ihrer Regierung und dem Parlament einen derart verheerenden Bericht vorlegt, zeigt sich das ungeschönte Ausmaß einer Katastrophe: unzumutbare Zustände in den Kasernen, eine technische Instandhaltung, die längst kapituliert hat, fehlende Ausrüstung von der Waffe bis zur Winterkleidung und ein Beschaffungswesen, für das der Begriff „dysfunktional“ noch gnadenlos geschönt ist. Wenn die Beschaffung von auf dem freien Markt erhältlichen Helmen zehn Jahre dauert, zeigt sich, dass die Bundeswehr die Freiheit Deutschlands höchstens noch in Absurdistan verteidigen kann. Vor allem aber:

Seite 1

Mark Helfrich

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon 030 227 78174

Fax 030 227 70175

mark.helfrich@bundestag.de

www.mark-helfrich.de

Bericht aus Berlin

20. März 2023

Gut ein Jahr nach der von Olaf Scholz ausgerufenen Zeitenwende ist nach Einschätzung der Wehrbeauftragten noch nicht ein einziger Cent der angekündigten 100 Milliarden Euro bei der Truppe angekommen. Einen deutlicheren Offenbarungseid kann es kaum geben – was muss noch geschehen, damit der Kanzler die Bundeswehr zur Chefsache erklärt und endlich handelt?

Nach ursprünglich angepeilten 598 soll nun eine Vergrößerung des Parlamentes auf 630 Abgeordnete ausreichen. Knackpunkt der Wahlrechtsreform der Ampel bleibt allerdings, dass nicht jeder Abgeordnete, der seinen Wahlkreis gewonnen hat, darauf zählen kann, sein Mandat auch zu erhalten – für mich eine klare Missachtung des Bürgerwillens. In Verbindung mit dem Wegfall der Grundmandatsklausel kommt dabei eine fast schon skurrile Komponente hinzu. Die Klausel erlaubt einer Partei den Einzug ins Parlament, wenn sie zwar an der 5%-Hürde scheitert, aber mindestens drei Direktmandate erringt. Genutzt hat dies zuletzt der Linken, die 2021 4,9% und exakt drei Direktmandate holte und dafür entsprechend ihres prozentualen Ergebnisses 39 Abgeordnete in den Bundestag schicken durfte. Kein Zweifel: Drei Direktmandate füllen 39 Sitze im Bundestag – da steht auch für mich ein großes Fragezeichen. Spannend wird die Sache allerdings, wenn man weiß, dass die nur in Bayern antretende CSU bei der letzten Wahl zwar stolze 45 Direktmandate errungen hat, bei der Hochrechnung auf das Bundesergebnis aber gerade um 0,2 Prozent über der entscheidenden Hürde lag. Es wären in Zukunft also Ergebnisse möglich, bei denen die CSU jeden einzelnen Wahlkreis in Bayern direkt gewinnt und trotzdem keinen einzigen Abgeordneten in den Bundestag schicken darf. Kann mir bitte jemand erklären, wie sich das mit den wohl abgewogenen Grundsätzen unseres Wahlrechtes vereinbaren lässt? Glaubt wirklich jemand, dass sich Menschen in unserem Land für Demokratie begeistern, wenn ihre Stimme nicht zählt? Ich bin mir sicher, dass der Ampel-Anschlag auf das Wahlrecht bzw. das Wahlrecht des Stärkeren in Karlsruhe beim Bundesverfassungsgericht landen wird.

Mit einer neuen Novelle des Energiesicherungsgesetzes schafft die Ampel die Voraussetzungen, Unternehmen wie Rosneft, die unter staatlicher Treuhandverwaltung stehen, zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit enteignen zu dürfen. Die Verstaatlichung des Energieriesen Uniper und des Gasunternehmens Gazprom Germania, die Treuhandverwaltung von Rosneft Deutschland, fünf von sechs schwimmende LNG-Terminals in Deutschland werden von einer neu gegründeten bundeseigenen GmbH betrieben und mit Tennet könnten bald auch Anteile des deutschen Stromnetzes in staatlicher Hand sein - Deutschland ist gerade auf dem besten Weg in eine staatliche Energieplanwirtschaft. Ein Plan der Ampel, wie die betroffenen Unternehmen schnellstmöglich reprivatisiert werden können, existiert nicht. Für uns als Union ist klar, erworbene oder enteignete Firmenanteile müssen zügig abgegeben werden. So haben wir es auch in der Vergangenheit bei allen krisenbedingten Beteiligungen z.B. bei der Lufthansa gehandhabt. Meine Rede zur „zügellosten Verstaatlichungsorgie“ von Robert Habeck in der letzten Woche finden Sie hier.

In seinem Bericht an die Bundestagsfraktion, den ich Ihnen und Euch in der Anlage übersende, stellt Friedrich Merz, MdB, folgende Themen in den Mittelpunkt:

- Forschung zu Long COVID, ME/FCS und Post-Vac-Syndrom in Deutschland stärken.
- Aussprache zur Regierungserklärung zum Europäischen Rat.
- Aktuelle Stunde „Freiheit statt Verbote – Den mündigen Bürger stärken“.

*Dir/Euer
Mark Helfrich*

Mark Helfrich

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon 030 227 78174

Fax 030 227 70175

mark.helfrich@bundestag.de

www.mark-helfrich.de



Friedrich Merz MdB, Vorsitzender

Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

am 14. März 2023

20. WP/ 29

I. Kernbotschaften der Woche

Forschung zu Long COVID, ME/FCS und Post-Vac-Syndrom in Deutschland stärken.

Allein in Deutschland leiden mindestens eine Million Menschen unter den teilweise sehr belastenden Folgen einer COVID-Infektion. Die Forschung zu Long COVID, ME/CFS und Post-Vac-Syndrom ist in Deutschland bislang unzureichend. Vor allem die Betroffenen haben den Anspruch, möglichst viel über Ursache, Folgen und Behandlungsmöglichkeiten von Long COVID zu erfahren. Mit unserem Antrag fordern die Bundesregierung auf, diese Forschung im Rahmen einer koordinierten Projektförderung erheblich auszubauen. Zusätzlich muss die Bundesregierung eine langfristig und breit angelegte Forschungsstrategie gegen Long COVID unter gemeinsamer Federführung des Bundesforschungs- und des Bundesgesundheitsministeriums nach dem Vorbild der „Nationalen Dekade gegen den Krebs“ aufsetzen. Sie muss dafür Sorge tragen, dass Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung schnellstmöglich bei den Betroffenen ankommen.

Aussprache zur Regierungserklärung zum Europäischen Rat.

Bei der Tagung des Europäischen Rates am 23./24. März 2023 geht es insbesondere um die Themen Ukraine, europäische Wettbewerbsfähigkeit, Energiepolitik und Migration. In den vergangenen Wochen war die europapolitische Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung immer wieder Bestandteil breiter Debatten, zuletzt bei den Streitigkeiten um das Verbrenner-Aus bis zum Jahr 2035.

Wir fordern: Vom EU-Gipfel muss ein starkes Signal zur unverminderten europäischen Solidarität mit der Ukraine ausgehen. Hierzu gehört derzeit v.a. die rasche und substanzielle Unterstützung der Ukraine in Hinblick auf Munition. Nachdem die Bundesregierung durch ihre Panzerblockade Vertrauen

unserer Partner aufs Spiel gesetzt hat, müssen dem Selbstanspruch einer deutschen Führungsrolle nun konkrete nächste Schritte bei der Unterstützung der Ukraine folgen.

Beim Thema Wettbewerbsfähigkeit, Binnenmarktstärkung und Wirtschaft geht es um nichts weniger als unseren künftigen Wohlstand. Mit dem Antrag „Eine europäische Antwort auf das U.S.-Gesetz zur Inflationsbekämpfung geben – Standort Europa stärken, transatlantische Partnerschaft ausbauen“ haben wir bereits konkrete Vorschläge vorgelegt.

Was wir nicht brauchen, sind neue EU-Schulden und die Einrichtung neuer EU-Fördertöpfe. Hier erwarten wir eine klare Positionierung der Bundesregierung. Eine eindeutige Haltung erwarten wir auch bei der anstehenden Neuausrichtung der EU-Fiskalregeln. Der EU-Gipfel soll hierfür Orientierung geben. Wir müssen Europa als Stabilitätsunion stärken. Die Bundesregierung muss allen Bestrebungen einer Schwächung der Verbindlichkeit der Regeln deshalb eine klare Absage erteilen.

Angesichts der angespannten Migrationslage ist entschlossenes Handeln auf europäischer und nationaler Ebene erforderlich. Der Bundeskanzler muss hier vorangehen, die Migrationskrise zur Chefsache machen und sich u.a. mit Nachdruck für ein faires, funktionierendes und krisenfestes Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) und den erfolgreichen Abschluss der hierzu laufenden Reformbemühungen bis Anfang 2024 einsetzen. Den Worten müssen endlich auch Taten folgen.

Aktuelle Stunde „Freiheit statt Verbote – Den mündigen Bürger stärken“.

Die Bundesregierung kündigt in den vergangenen Wochen – insbesondere auf Initiative von Bundesministern der Grünen – zahlreiche neue Verbote an. In einem Referentenentwurf des Wirtschaftsministeriums und des Bauministeriums zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes wird bei neuen Heizungen ein Anteil erneuerbarer Energien von mindestens 65 % gefordert und der Einbau neuer Öl- und Gasheizungen ab 2024 damit praktisch verboten. Auf europäischer Ebene will die FDP das von SPD und Grünen mitgetragene Verbot der Neuzulassung von Verbrennermotoren trotz Zustimmung in den europäischen Trilogverhandlungen noch verhindern. Das Landwirtschaftsministerium kündigte unterdessen ein Verbot von an Kinder gerichtete Werbung für „ungesunde“ Lebensmittel an.

Wir finden: Verbote sollten nicht das erste Mittel der Wahl sein. Durch die Bepreisung von CO₂ und sinnvolle Förderprogramme zur Unterstützung der Dekarbonisierung im Gebäudebereich und im Verkehr können die Klimaziele

gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und nicht gegen sie erreicht werden. Wir wollen den mündigen Verbraucher stärken. Werbeverbote tragen dazu nicht bei.

II. Die Woche im Parlament

1. Initiativen unserer CDU/CSU-Fraktion

In erster Lesung debattieren wir das von unserer Fraktion erarbeitete **Gesetz zur Sicherung bezahlbarer Stromversorgung**. Die Sicherheit der Energieversorgung steht aktuell vor großen Herausforderungen. Insbesondere zur Vorbereitung auf den Winter 2023/2024 müssen rechtzeitig alle vorhandenen Potenziale genutzt werden. Eine sichere und verlässliche Energieversorgung ist eine Frage nationaler und europäischer Sicherheit und Souveränität. Der Gesetzentwurf sieht daher u. a. den temporären Weiterbetrieb der drei noch am Netz befindlichen AKWs bis Ende 2024 sowie Maßnahmen zum schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien, zur Senkung des Strompreises und zur Abschaffung der von der Ampel eingeführten Erlösabschöpfung vor. Mit diesem Gesetzentwurf legen wir einen eigenen Vorschlag für eine sicherere Energieversorgung vor. Aktuell sind keine Initiativen der Bundesregierung zur Vorsorge auf den kommenden Winter bekannt.

Die Ampel hat in ihrem Koalitionsvertrag ein sog. Startchancen-Programm als zentrales bildungspolitisches Vorhaben der Legislaturperiode angekündigt. Bis heute gibt es hierzu kein ausgearbeitetes Konzept. Unabhängig von der inhaltlichen Ausgestaltung eines etwaigen Programms ist zum avisierten Programmstart ein öffentlicher Streit in der Koalition ausgebrochen. Die Parteivorsitzende der SPD, Saskia Esken, hat sich im Dezember öffentlich klar für einen Start des Programms im Jahr 2023 ausgesprochen. Die Bundesregierung jedoch hat unter Leitung des zuständigen FDP-geführten Bundesministerium für Bildung und Forschung jedoch klargestellt, dass der Programmstart für das Schuljahr 2024/25 vorgesehen ist. Mit unserem Antrag **Bildungschancen nicht verschlafen – Startchancenprogramm in 2023 starten** fordern wir die Bundesregierung deshalb auf, die Voraussetzungen zu schaffen, um mit der Umsetzung eines Startchancen-Programmes zu Beginn des Schuljahres 2023/24 zu starten und dazu zeitnah ein konkretes, bedarfsgerechtes und mit den Ländern abgestimmtes inhaltliches Konzept vorzulegen.

Mit unserem Antrag **Landwirtschaftliche Produktion zukunftsfähig gestalten – Innovationsrahmen für neue genomische Techniken schaffen**,

den wir in dieser Woche in abschließender Lesung beraten, betonen wir die Chancen Neuer Genomischer Techniken (NGT) zur Züchtung landwirtschaftlicher Nutzpflanzen. Ein Beispiel ist die Genschere Crispr/CAS. Damit können Pflanzen hervorgebracht werden, die mit wenig Wasser auskommen, resistent gegen Pilzbefall sind und dem Klimastress trotzen können. Dies dient der weltweiten Ernährungssicherung. Kern des Antrags ist die Aufforderung an die Bundesregierung, sich auf EU-Ebene für eine Modernisierung des EU-Gentechnikrechts einzusetzen, damit Neue Genomische Techniken schneller zugelassen werden können. Zudem fordert der Antrag die Bundesregierung auf, eine Kennzeichnung für Produkte aus den o.g. Verfahren zu schaffen sowie Anstrengungen zu unternehmen, Wissenschaftler auf diesem Gebiet in Deutschland zu halten.

Finanzierung des Politischen Islamismus in Deutschland offenlegen und unterbinden. Der Politische Islamismus – in Kreisen der Sicherheitsbehörden auch „legalistischer Islamismus“ genannt – gibt sich vordergründig gewaltfrei, sein Weltbild steht aber in fundamentalem Gegensatz zu Demokratie, Pluralismus und individuellen Freiheitsrechten. Der Politische Islamismus ist eine Gefahr für unsere freiheitliche Gesellschaft und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Er ist zudem eine Last für den Großteil der Musliminnen und Muslime in Deutschland, die ihre Religion ungestört und im Einklang mit unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung ausüben wollen. Unser Antrag – den wir in dieser Woche abschließend beraten – fokussiert sich auf die Unterbindung der Finanzierung des Politischen Islamismus in Deutschland. Wir nennen zahlreichen geeignete Maßnahmen, die von der Bundesregierung umzusetzen sind.

In erster Lesung beraten wir in dieser Woche unseren Entwurf für ein **Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes**. Bereits im Mai 2022 haben wir einen Antrag zur Beibehaltung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes in Höhe von 7 Prozent in der Gastronomie (Drucksache 20/1727) mit der Forderung eingebracht, den ermäßigten Steuersatz zu entfristen. Im 8. Gesetz zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen hat die Ampel den ermäßigten Steuersatz aber lediglich bis Ende 2023 verlängert. Mit unserem Gesetzentwurf schaffen wir Planungssicherheit und sehen eine dauerhafte Beibehaltung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie vor.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat im September 2022 sein Urteil zum deutschen Gesetz über Mindestspeicherfristen für Telekommunikationsverkehrsdaten verkündet. Unsere Forderung nach einer IP-Adress-Speicherung zur Sicherung digitaler Beweismittel wurde vom Gerichtshof ausdrücklich für zulässig erklärt. IP-Adressen sind als digitale Beweismittel gerade bei der Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs im

Internet unabdingbar. Ohne Speicherpflicht sind diese digitalen Beweise – wenn eine Tat auffällt – vielfach gelöscht und die IP-Adresse kann keiner konkreten Person mehr zugeordnet werden. In den vergangenen fünf Jahren war das bei mehr als 19.000 Hinweisen der Fall. Das ist ein unerträglicher Zustand. Kinderschutz muss endlich Vorrang vor Datenschutz haben. Bereits kurz nach dem Urteil des EuGH haben wir in unserem Antrag **IP-Adressen rechtssicher speichern und Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen** gefordert: Bundeskanzler Scholz muss den Streit im Kabinett beenden und dafür sorgen, dass schnell eine rechtssichere Regelung zur Speicherung von IP-Adressen auf den Weg gebracht wird. Dabei soll der laut EuGH zulässige Spielraum ausgeschöpft werden – zum Schutz der Kinder und Jugendlichen. Unser Antrag wurde an den zuständigen Rechtsausschuss überwiesen und wird dort seit nunmehr zehn Sitzungswochen von der Ampelmehrheit blockiert. Deshalb debattieren wir in dieser Woche im Plenum einen Zwischenbericht zum Stand der Beratungen.

In erster Lesung debattieren wir unseren Antrag **Glasfaser-Überbau einschränken**. Zurzeit werden in Deutschland an vielen Orten Glasfaserleitungen für schnelles Internet verlegt. Doch Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Branchenverbände wundern sich: Erst verlegt ein Unternehmen Glasfaserleitungen, mitunter wird dann kurze Zeit später die Straße erneut aufgerissen und ein anderes Unternehmen legt eine weitere Glasfaserleitung daneben (sog. Überbau). Das alles, während viele Regionen in Deutschland noch über gar keinen Glasfaseranschluss erfolgen. Das ist vor allem für die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger schwer verständlich, die noch immer auf einen Glasfaseranschluss wartet. Denn die benötigten Ressourcen für die in der Regel stattfindenden Tiefbauarbeiten sind knapp. Während der Glasfaser-Überbau betriebswirtschaftlich aus Sicht eines Unternehmens sinnvoll sein kann, ist er volkswirtschaftlich zumindest so lange fraglich, wie nicht ein Großteil der Bewohner dieses Landes mit einem Glasfaseranschluss versorgt ist. Wir fordern in unserem Antrag deshalb eine Regulierung des Überbaus von Glasfaser mit Augenmaß. Eine staatliche Regulierung des Überbaus von Glasfasernetzen muss deshalb mit der gebotenen Umsicht geschehen und zeitlich befristet sein. Sobald das Ziel der flächendeckenden Versorgung mit Glasfaseranschlüssen erreicht ist, muss in erster Linie der freie Wettbewerb der Telekommunikationsunternehmen darüber entscheiden, ob und wo weitere Glasfaserkabel verlegt werden.

2. Sonstige Tagesordnungspunkte

In erster Lesung befassen wir uns mit dem Entwurf der Bundesregierung für ein **Gesetz zur Überarbeitung des Sanktionenrechts – Ersatzfreiheitsstrafe, Strafzumessung, Auflagen und Weisungen sowie Unterbringung in einer**

Entziehungsanstalt. Der Gesetzentwurf befasst sich mit „Sanktionen“ im Sinne des Strafrechts und dient der Umsetzung von Vereinbarungen des Ampel-Koalitionsvertrages. Um Resozialisierung, Prävention und Schutz vor Diskriminierungen zu stärken, sollen der Umfang an zu verbüßenden Ersatzfreiheitsstrafen reduziert werden; auf das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung des Opfers bezogene „Hassmotive“ (insb. Frauenfeindlichkeit) strafscharfend berücksichtigt werden; die Möglichkeiten, bei Bewährungsaussetzungen und vorläufigen Einstellungsentscheidungen durch ambulante Maßnahmen spezialpräventiv auf Straftäter einzuwirken, verbessert werden und das Maßregelrecht, insb. die Unterbringung in einer Entziehungsanstalt, überarbeitet und von sachwidrigen Fehlanreizen befreit werden.

Gesetz zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz). Die Ampel möchte mit ihrem Entwurf zum sog. Demokratiefördergesetz – den wir in dieser Woche erstmalig beraten - die Förderlandschaft für die Zivilgesellschaft Deutschland nachhaltig verändern. Mit dem Gesetz erfolgt eine Festlegung des Staates zur Förderung demokratiebildender Projekte. Wesentliche inhaltliche Regelung lässt der Entwurf jedoch vermissen, ein Großteil der Fördervoraussetzungen wird auf die – zu einem späteren Zeitpunkt allein vom Familienministerium zu erlassenden – Förderrichtlinien nach § 5 des Gesetzes verschoben. Eine Extremismus-/Demokratiel Klausel fehlt ebenfalls. Wir lehnen den Gesetzentwurf aus mehreren Gründen ab. Es fehlt nicht nur die Extremismusklausel, vielmehr entzieht sich der Großteil der Fördervoraussetzungen der demokratischen Kontrolle. Der Gesetzentwurf zum Demokratiefördergesetz enthält allenfalls Rahmenvoraussetzungen, die genauen Förderbedingungen sollen in den Förderrichtlinien festgelegt werden, die das BMFSFJ intern ausarbeitet. Daher ist zu befürchten, dass auch dieses Gesetz primär der Förderung linksgerichteter Projekte dienen soll. Hinzukommt die Befürchtung, dass durch die Art der Festlegungen eine institutionelle Förderung durch die Hintertür eintritt, die die komplette bisherige Förderlandschaft in Deutschland in Ungleichgewicht bringt und bestimmte Projekte und Institutionen einseitig bevorteilt.

Am 10. Februar 2023 hat der Bundesrat das von der Bundesregierung entworfene **Gesetz für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen sowie zur Umsetzung der Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden** abgelehnt. Wir teilen das Anliegen, einen effektiven Hinweisgeberschutz zu gewährleisten. Das Gesetz in der von der Ampel-Bundesregierung vorgelegten Form lehnen wir jedoch ab, weil es in der Umsetzung über das europarechtlich vorgegebene deutlich hinausgeht und

gerade unserer mittelständischen Wirtschaft unangemessene Belastungen auferlegt. Leider hat die Bundesregierung aus der Schlappe im Bundesrat jedoch nicht gelernt und greift nun zu einem fragwürdigen Trick: Sie spaltet das Gesetz in zwei Teile auf: Einen wie bisher im Bundesrat zustimmungsbedürftigen Teil – das **Gesetz zur Ergänzung der Regelungen zum Hinweisgeberschutz** – und einen nicht zustimmungsbedürftigen Teil. Beide Teile bringt sie im Eilverfahren nun erneut in den Bundestag ein. Inhaltliche Nachbesserungen enthält das Gesetz keine. Wir werden es deshalb erneut ablehnen.

III. Wichtige Termine und Ausblick

1. Inland:

- 14. März: Wehrbeauftragte stellt Jahresbericht 2022 vor,
- 14./15. März: Bildungsgipfel 2023: Chance Bildung mit BMin Stark-Watzinger, Ländern, Kommunalvertretern und Wissenschaft,
- 15. März: Jahres-PK des Bundesgerichtshofs,
- 15. März: voraussichtlicher Antragsstart 200 Euro Energiehilfen für Studenten und Fachschüler,
- 15.-17. März: Kultusministerkonferenz,
- 16. März: Ministerpräsidentenkonferenz (Energieversorgung, -preise, -netze, Planungsbeschleunigung, Migration),
- 16. März: Zinsentscheidung EZB,
- 16. März: FIFA-Kongress mit Präsidentenwahl,
- 17. März: Eurostat zu Inflation Februar.

2. Außen/EU:

- 13./14. März: Eurogruppe, Wirtschafts-/Finanzministerrat (haushaltspolitischen Leitlinien 2024, Inflation, wirtschaftspolitische Steuerung, Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, Vorbereitung G20-Finanzministertreffen und IWF-Tagung, Ukraine),
- 13./14. März: Arbeits-/Sozial-/Gesundheitsministerrat (Ukraine, Europäisches Semester 2023, Strategie Globale Gesundheit),
- 13.-16. März: Reise BM Habeck und BM Özdemir nach Brasilien und Kolumbien,
- 14. März: BK Scholz empfängt aserbaidchanischen Staatspräsidenten Ilham Aliyev,
- 14. März: EU-KOM: Strommarktdesign, Mitteilung Migration (Grenzschutz, Rückführungen),
- 15. März: BK Scholz empfängt schwedischen MP Ulf Kristersson,
- 15./16. März: Reise BPräs Steinmeier nach Estland,
- 16. März: EU-KOM: Netto-Null-Industrie-Gesetz, Gesetz über kritische Rohstoffe, Wettbewerbsstrategie, 30 Jahre Binnenmarkt,

- 16. März: Umweltministerrat (Richtlinie Industrieemissionen, Zertifizierung CO₂-Entnahme, Verpackungsabfälle, kommunale Abwässer),
- 16. März: EU-Albanien Stabilitäts- und Assoziationsrat,
- 16. März: Internationale Geberkonferenz zur Unterstützung der Erdbebenopfer in der Türkei und in Syrien in Brüssel,
- 17. März: EU-Nordmazedonien Stabilitäts- und Assoziationsrat,
- 17. März: BK Scholz empfängt den Präsidenten des Europäischen Rats Charles Michel
- 17./18. März: Reise BK Scholz nach Japan, Treffen mit MP Fumio Kishida,
- 19. März: Außenministerrat.